



NEIN zum Fiskalpakt!

JA zu einem demokratischen und sozialen EUropa!

Warum haben die EU-Regierungen den Fiskalvertrag geschlossen?

Die offizielle Geschichte, die zur sogenannten Eurokrise erzählt wird, lautet: Die Staaten, insbesondere im Süden der EU, hätten über ihre Verhältnisse gelebt und sich massiv verschuldet. Sie hätten damit das Vertrauen 'der Märkte', ihren Schuldendienst pünktlich zu leisten, erschüttert, weshalb diese sich abwendeten. Die Folgen: explodierende Zinslasten, eine Gefährdung der Eurozone und damit des Friedens in Europa. Als einzige Lösung wird unter der Regie von Frau Merkel die Rückkehr auf den Pfad der Tugend staatlicher Sparsamkeit gepredigt. Nachdem der Stabilitäts- und Wachstumspakt im Maastricht-Vertrag und seine kürzlich erfolgte Verschärfung erfolglos blieben, soll nun der Fiskalvertrag die EU-Staaten wirksam zwingen, die Staatsver-

schuldung herunterzusparen, damit 'die Märkte' wieder Vertrauen in den Euro gewinnen und aufhören dagegen zu spekulieren.

Sowohl die Deutung der Krise als auch der als Heilsbringer verordnete Fiskalvertrag sind politisch und ökonomisch so einseitig wie falsch. Die hohe Staatsverschuldung in 24 der derzeit 27 EU-Ländern hat ihre Ursachen in der neoliberalen Politik der Entfesselung der Standortkonkurrenz im EU-Binnenmarkt, der Liberalisierung der Finanzmärkte, der Senkung von Steuern für hohe Einkommen, Gewinne und Vermögen. Zudem haben die Staaten die Spekulationsverluste der Banken in Billionenhöhe übernommen. Wenn die Ursachendiagnose der Krise falsch ist, kann die Medizin 'Fiskalpakt' nicht richtig sein.

Wie sieht das weitere Verfahren aus?

Der „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (Fiskalpakt), soll ab dem 1.1.2013 in 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten gelten. Wenn 12 Staaten ihn ratifiziert haben, tritt er in Kraft. Jedes Euro-Land, das Unterstützung aus dem 'Rettungsschirm' ESM benötigt, muss ihn zwingend zuvor ratifiziert haben. Im Mai/Juni soll die Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat erfolgen. Dieser Vertrag überschreitet eindeutig die Grenzen der Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen auf die EU-Ebene (Souveränitätsübertragung), die das Grundgesetz setzt. Um Verfassungsklagen vorzubeugen, soll eine 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat den Vertrag billigen. Die Regierung will damit zugleich eine Volksabstimmung über den Vertrag vermeiden, die dann notwendig ist, wenn das Grundgesetz durch eine andere Verfassung ersetzt wird.



„Die neue Europa“

Kostas Koufogiorgos 13.1.2012
<http://www.koufogiorgos.de/>

Der Fiskalpakt bedeutet für Deutschland faktisch, dass wesentliche Bestimmungen des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt werden.

Welche konkreten Bestimmungen enthält der Fiskalpakt?¹

Die Vertragsstaaten dürfen keine neuen Schulden mehr machen (Art. 3). Als ausgeglichen gilt ein Haushalt mit maximal 0,5 % strukturellem Defizit, d. h. ohne Berücksichtigung konjunktureller Einflüsse. Zusätzlich muss ein Staatsdefizit über 60 % des BIP jährlich um 5 % abgebaut werden. Das **Defizitverfahren** wird **automatisch** gestartet. Es kann nur mit einer qualifizierten Mehrheit im Rat gestoppt werden (Art. 7).

„Erhebliche Abweichungen“ vom Verschuldungsziel „lösen automatisch einen Korrekturmechanismus aus“ (Art. 3). Dieser muss als Verfahrensprinzip auf nationaler Ebene gesetzlich implementiert werden. Die EU-Kommission schlägt die Grundsätze vor, nach denen der Korrekturmechanismus funktionieren soll, insbesondere „die Art, den Umfang und den zeitlichen Rahmen“ (Art. 3).

Alle Staaten sollen **Schuldenbremsen** in ihrer nationalen Gesetzgebung verbindlich verankern, vorzugsweise in der Verfassung (Art. 3), damit diese nach Regierungswechseln nicht angetastet werden können und „auf ewig“ gelten. Eine **Kündigungsmöglichkeit für den Fiskalpakt gibt es nicht!**

Der **Schuldenabbau** muss **unter Aufsicht der EU-Kommission und des Rates (Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Regierungen)** erfolgen: Ein Mitgliedstaat im Defizitverfahren (> 0,5 % Haushaltsdefizit oder > 60 % Staatsdefizit) „legt ein **Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm** auf, das eine detaillierte Beschreibung der **Strukturenreformen** enthält, die zur Gewährleistung einer wirksamen und dauerhaften Korrektur“ des Defizits umzusetzen sind. (Art. 5). Es handelt sich hierbei um Strukturpassungsprogramme, ähnlich denen, die der IWF den Drittwelt-Ländern auferlegte. Die Anpassungsprogramme müssen der **EU-Kommission und dem Rat „zur Genehmigung vorgelegt werden“** (Art. 5). Die Umsetzung wird von diesen Organen auch „überwacht“.

Mitgliedstaaten sollen sich gegenseitig vor den EuGH zerren, falls die Schuldenbremse oder der Korrekturautomatismus nicht ordnungsgemäß gesetzlich verankert werden. Der EuGH kann ein Zwangsgeld bis zu 0,1 % des BIP verhängen (Art. 8). Das Miteinander in der Europäischen Union wird vergiftet, indem eine Denunziationsunion errichtet wird.

11 fatale Folgen des Fiskalvertrages: demokratisch – sozial – volkswirtschaftlich ein Desaster

(1) Der Fiskal-Pakt entwertet die parlamentarische Demokratie in den Nationalstaaten. Das **Recht der nationalen Parlamente, bei der Festlegung des Haushaltes über die Verwendung der Steuergelder zu entscheiden, wird massiv eingeschränkt**. Bei Staaten im Defizitverfahren sind die **nationalen Parlamente den Vorgaben von EU-Kommission und Rat ausgeliefert**, denn diese erhalten ein Vetorecht gegenüber den nationalen Haushaltsplänen. Die deutsche Schuldenbremse kann durch eine Grundgesetzänderung wieder rückgängig gemacht werden, schwer genug, aber möglich. Beim Fiskalpakt müssen alle Vertragsstaaten ihn aufkündigen!

(2) Der Fiskalpakt wird am geltenden EU-Recht vorbei beschlossen und schafft eine Sonderrechtsordnung, was zu Rechtsunsicherheit durch Rechtsverdoppelung führt. Das EU-Parlament wird völlig übergangen.

(3) Es findet eine weitere Verschiebung der Entscheidungen von der nationalen Legislativen zur Exekutiven auf EU-Ebene statt, die für ihr Handeln nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Eine **demokratische und rechtliche Kontrolle der EU-Kommission ist unter dem Regime des Fiskalpaktes nicht vorgesehen**. Es gibt **keinen Rechtsschutz gegenüber den Vorgaben der Kommission!** Genau die Institution wird gestärkt, die für politische Einflussnahme von Lobbyisten aus Finanz- und Wirtschaftskreisen besonders offen ist.

(4) Angeblich soll der Fiskal-Pakt die Entschuldung der öffentlichen Haushalte bewirken. Dies wäre einfacher durch die Rücknahme der in den letzten 20 Jahren erfolgten Steuersenkungen für Vermögen, Kapitalgesellschaften und hohe Einkommen zu erreichen, wodurch die öffentlichen Kassen in Deutschland jährlich etwa 100 Mrd Euro mehr einnehmen würden. Diese Möglichkeit sieht der Fiskalpakt jedoch nicht vor.

¹ <http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/treaty-on-stability,-coordination-and-governance-signed?lang=de>

(5) Gerade die Verbindung von Defizit- und Schuldenregel wird eine fatale Wirkung entfalten. Ausgabenkürzungen der Staaten reduzieren vielleicht das Defizit, aber gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Staatsschuldenquote steigt und erzwingt verschärftes Sparen. Selbst bei guter Konjunktur gelingt es der deutschen Regierung, die sich als Zuchtmeister EUropas aufspielt, derzeit nicht einmal, das eine Ziel des ausgeglichenen Haushalts zu erreichen. Die Sparvorgaben des Fiskalpaktes sind völlig realitätsfern, ebenso wie die Erwartung von Finanzminister Schäuble, mit einem dauerhaften Wachstum von 3 % die Folgen des Fiskalpaktes für Deutschland entschärfen zu können.

(6) Der Fiskalvertrag wird in einer Situation geschlossen, in der Bankenrettungspakete (Dänemark hat kürzlich das fünfte aufgelegt, Deutschland das zweite) und eine höhere Haftungsübernahme aus den Euro-'Rettungsschirmen' die Belastungen für die Staatshaushalte in absehbarer Zeit erhöhen werden. Der Fiskalvertrag soll selbst unter diesen **außergewöhnlichen Umständen „die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“, d. h. den Schuldendienst, gewährleisten** (Art. 3). Das heißt, durch Einsparungen – oder in Schäubles Worten „konsequente Konsolidierungspolitik“ - sollen freie Mittel generiert werden, um die Gläubiger zu bedienen und die Spekulationsverluste der Banken auszugleichen. Der Fiskalvertrag institutionalisiert eine **gläubigerorientierte Sparpolitik**.

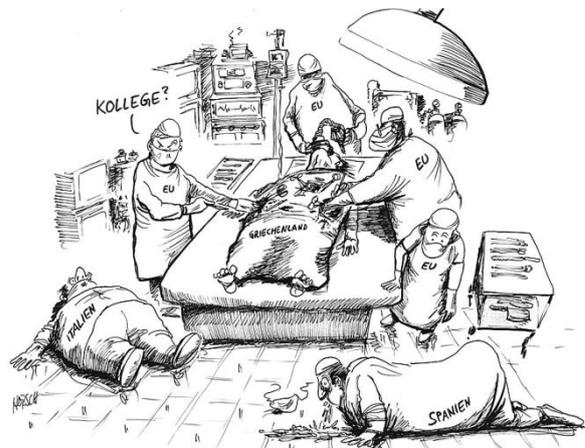
(7) Die bisherigen Vorgaben der EU-Kommission für die nationale Budgeterstellung unter dem „Europäischen Semester“ zeigen, dass auch ein weiterer Angriff auf Rechte von Gewerkschaften und Beschäftigten droht. Die Kommission fordert **„strikte nachhaltige Lohndisziplin für Leistungsbilanzdefizitländer, Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen, Abbau von 'übermäßigem' Schutz von Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen“**.

(8) Strategisch ist der Fiskalpakt eine willkommene Gelegenheit der EU-Eliten, die eigene Position in der globalen Standortkonkurrenz zu halten, durch Senkung der Lohnkosten und Abbau von arbeitsrechtlichen Standards, für die die Gewerkschaften jahrzehntelang gekämpft haben.

(9) Fast allen EU-Ländern, auch Deutschland, wird eine Medizin verordnet, die in der Schuldenkrise der Dritten Welt schon gescheitert ist. Der Sparzwang wird sich massiv auf den öffentlichen Sektor auswirken, zu Sozialabbau und Privatisierungen führen. Wo der Staat dann in Zukunft als Garant für soziale Absicherung und Daseinsvorsorge weiter ausfällt, wächst als lukratives Nebengeschäft der Markt für private Dienstleister. Auch wenn **EZB-Chef Draghi** behauptet, **„Das Sozialstaatsmodell hat ausgedient“: Mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist der Pakt nicht vereinbar!**

(10) Der Vertrag erhebt eine Ideologie, die der Realität nicht standhält, zur Quasi-Verfassungsnorm. Die Lage in den europäischen Krisenländern zeigt: Austeritätspolitik führt zu explodierender Arbeitslosigkeit, Armut und weiterer Staatsverschuldung. Trotzdem soll diese **ökonomisch gescheiterte Politik als alleinige und nicht revidierbare Doktrin verordnet** werden!

07.03.2012



<http://derstandard.at/1330390009637/Caroons-Jean-Claude-Junckers-Lehre?slideNumber=25&seite=horschcartoons.de>

(11) Die neoliberale Ausrichtung der EU gerät seit der Debatte um die EU-Verfassung immer mehr in die Kritik. Um die neoliberale Agenda dem demokratischen Wechsel zu entziehen und **„auf ewig“** (Merkel) festzuschreiben, wird sie in den Beton des Fiskalpaktes gegossen. Die EU-Regierungen halten damit noch nicht einmal die bescheidenen demokratischen Regeln des Lissabonvertrages ein. Von einem EUropa, das weder demokratische noch soziale Anliegen der Bevölkerungen erfüllt, wenden sich die Menschen zu Recht ab. Es ist jedoch ein gefährlicher Trend erkennbar, dass sie ihre Hoffnungen auf rechts-nationalistische Alternativen setzen.

Welche Alternativen gibt es?

1. **Die Einnahmeseite der Staaten muss verbessert werden:** Die gemeinschaftsschädigende Steuerentlastung der vergangenen Jahrzehnte ist zurücknehmen; Abschöpfung großer Vermögen, Gewinne und Einkommen entsprechend Roosevelts New Deal; vorübergehend: Niedrigzinskredite der EZB für überschuldete Staaten und damit gleiches Recht für Staaten wie für Banken; die Staatsfinanzierung der Erpressung durch die Finanzmärkte entziehen.
2. **Schulden-Audit** für öffentliche Schulden in der EU. Verabscheuungswürdige Schulden streichen; den Investment-Casino-Bereich der Banken abtrennen, unter Quarantäne stellen und kontrolliert abwickeln.
3. Hände weg von öffentlichem und staatlichem Eigentum; **Keine Privatisierungen der Daseinsvorsorge** (Wasser, Energie, Transport, ...)
4. **Finanzmärkte entwaffnen:** Verbot aller Spekulationsgeschäfte auf Währungen, Staats- und Unternehmensanleihen, Grundnahrungsmittel, strategische Rohstoffe. Schließung aller Steueroasen und Schattenfinanzplätze. Wirksame Finanztransaktionssteuer auf alle Finanzgeschäfte.
5. **Leistungsbilanzungleichgewichte im europäischen Währungsraum ausgleichen** durch wirksame Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping sowie die Einführung von Ausgleichsmechanismen, die sowohl die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten als auch die mit Überschüssen betreffen.
6. **Ein anderes EUropa ist möglich** und nötig: BürgerInnen kündigen den EU-Vertrag und bauen ein neues Europa von unten: wirtschaftliche Kooperation, echte Demokratie, Solidarität nach innen und außen, Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen.

Was können Sie tun?

- **Fordern Sie von Abgeordneten im Bundestag und Vertretern im Bundesrat, den Fiskalpakt abzulehnen.** Wenn Parlamentarier ihre eigene Entmündigung verhindern wollen und die Option für eine soziale Demokratie in Zukunft offen halten wollen, müssen sie den Fiskalvertrag stoppen.

Einen Musterbrief finden Sie hier: www.attac-netzwerk.de/stuttgart
(Namen aller Abgeordneten:
<http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/biografien/index.html>)

- **Schließen Sie sich den internationalen Protesten im Mai an**
12. und 15. Mai internationale dezentrale Protesttage
17. Mai: Protestcamps in der Frankfurter Innenstadt
18. Mai: Blockade von EZB und Bankenviertel
19. Mai: Internationale Demonstration in Frankfurt

Weitere Infos:

Zu den Maiprotesten: <http://www.attac.de/aktuell/eurokrise/maiproteste/> | <http://www.blockupy-frankfurt.org/> |
Zur Euro-Krise <http://www.attac.de/aktuell/eurokrise/> | <http://www.attac.de/aktuell/eurokrise/materialien/> |
<http://www.attac.de/aktuell/eurokrise/materialien/buecher-und-texte/>

Wie die neoliberale Zurichtung EUropas in die 'Eurokrise' mündete Ein Grundsatzpapier der EU Gruppe von attac-Stuttgart: <http://www.attac-netzwerk.de/stuttgart/neuigkeiten-und-archiv/artikel/datum/2011/12/11/die-geister-die-ich-rief/?cHash=ea08283c567a79458af495c7c0e3804f> Zum Schuldenaudit: <http://www.cadm.org>

Eine Basisinformation von:

